

Inhalt

Einleitung	11
I Der demokratische Verfassungsstaat als Staatsform sui generis	20
1 Methodischer Ansatz: Idealtypisches Verfahren nach Weber	20
2 Klassifizierung ausgewählter Demokratien	23
2.1 Wahlen und Abstimmungen	23
2.2 Bestimmungen zur Verfassungsänderung	26
2.3 Verfassungsgerichtsbarkeit	33
2.4 Einordnung in eine neue Typologie	38
3 Streit um die Vereinbarkeit von Demokratie und Verfassungsstaat	43
3.1 Eine idealtypische Deutung: Der „demokratisierte“ Verfassungsstaat	43
3.2 Der Herausforderer: Ein dezisionistisch-totalitäres Modell der Volkssouveränität	44
3.3 Der Verteidiger: Rechtsstaat und Verfassung im Dienst bürgerlicher Freiheit	51
4 Verrechtlichung als Ziel des Verfassungsvorrangs	56
4.1 Missing link: Verfassungsgebende Gewalt des Volkes	56
4.2 Gerichtlicher statt politischer Verfassungsschutz	61
4.3 Institutionelle Voraussetzungen des justiziablen Verfassungsvorrangs	64
4.4 Inhalte und Funktionen moderner Verfassungen	69
II Der Verfassungsvorrang zwischen Recht und Politik	77
1 Der Schutz von Recht und Verfassung bis zur Frühen Neuzeit	77
1.1 Ungenutzte Chancen in der klassischen Naturrechtslehre	77
1.2 Politischer Schutz im Rahmen der Mischverfassung	85
1.3 Gemeinsame Verantwortung im organischen Weltbild	88
1.4 Herrschaftsverträge und Fundamentalgesetze	90
1.5 Widerstandsrecht als Ultima Ratio des Rechtsschutzes	99
1.6 Konzentration der Staatsgewalt im Souverän bei Bodin und Hobbes	105
2 Vom Naturrecht zu Grund- und Menschenrechten	109
2.1 Universeller Geltungsanspruch und partikulare Verwirklichungsgemeinschaft	109
2.2 Existentielle Bedürfnisse als Rechtsbegründung	113
2.3 Orientierung am Glück des Einzelnen	119
2.4 Universalisierung des Maßstabs: Die Menschenwürde	123
2.5 Vernunft als Prüfstein reiner Universalität	132
2.6 Von der Natur zum Wert – eine Alternative?	139

3	Funktionentrennung und strukturelle Vielfalt	147
3.1	Drei Erben der Mischverfassungstheorie	147
3.2	Demokratisches, aristokratisches und monarchisches Element im Zeitalter der Gleichheit	148
3.3	Organisatorische Keimzelle des Verfassungsvorrangs: Funktionale Gewaltentrennung	154
3.3.1	Kein Richter in eigener Sache	154
3.3.2	Föderalismus und Verfassungsvorrang	161
3.3.3	Funktionale Gewaltentrennung im Streit der Meinungen	162
3.4	Gewaltenteilung als checks and balances	164
3.5	Bilanz: Gewaltenteilung als politisches und rechtsstaatliches Prinzip	170
4	Die kodifizierte Verfassung als neuer Garant gemäßigter Herrschaft	174
4.1	Zusammenhang von Grundrechten, Gewaltenteilung und Verfassung	174
4.2	Verfassung und verfassungsgebende Gewalt im 17. Jahrhundert	176
4.3	Verfassung im Rahmen der Gesellschaftsvertragslehre	183
4.4	Idealtypischer Begriff bei Vattel	192
4.5	Alternative Verfassungsbegriffe	198
4.6	Einwände gegen die verfassungsgebende Gewalt des Volkes	202
4.7	Verfassungsänderung und ihre Schranken	211
5	Verfassungsgerichtsbarkeit im Streit um Recht oder Politik	217
5.1	Schutz von Grundrechten und Verfassung durch die Ministeranklage	219
5.2	Richterliches Prüfungsrecht in föderalen Staaten	226
5.3	Richterliches Prüfungsrecht zur Kontrolle der Legislative	229
5.4	Instrumentalisierung im Kampf um Mitbestimmungsrechte	239
5.5	Angst vor einer Politisierung der Rechtsprechung	245
5.6	Geringeres Konfliktpotential präventiver Prüfung	250
5.7	Bilanz	256
III	Anschlussfähigkeit von Demokratie und Verfassungsvorrang	259
1	Zur Vielfalt der demokratischen Idee	259
2	Volkssouveränität	265
2.1	Individuelle Freiheit durch Herrschaft des Gesetzes	266
2.2	Einstimmigkeit, Mitverfügung über Dritte und Generationenproblem	271
2.3	Allmacht der Mehrheit und Verantwortung	274
2.4	Unzeitgemäße Souveränität	276
3	Repräsentativverfassung	282
3.1	Der hypothetische Volkswille als Kern der Repräsentativverfassung	283
3.2	Freie Wahl, freies Mandat und Verbot des Plebiszits	293
3.3	Untrennbarkeit von Repräsentation, Verfassung und Gewaltenteilung	296
3.4	Stärken und Schwächen	299
4	Moderner Republikanismus	302
4.1	Die politische Gemeinschaft als sittlicher Lebenszusammenhang	302
4.2	Gesetze als Mittel gemeinschaftlicher Selbstregulierung	306
4.3	Stärken und Schwächen	315

5	Liberales Demokratie	321
5.1	Ziele liberaler Demokratie: Freiheit, Fortschritt, Stabilität	323
5.2	Bedeutung von Recht und Staat	329
5.3	Partizipation und politischer Prozess	333
5.4	Stärken und Schwächen	341
6	Vier idealtypische Modelle des demokratischen Verfassungsstaates	343
6.1	Modell 1: Garantie demokratischer Rechtsetzung	344
6.2	Modell 2: Repräsentativverfassung	352
6.3	Modell 3: Republikanismus	359
6.4	Modell 4: Liberale Demokratie	361
6.5	Synopse	367
IV	Länderstudien	373
1	Großbritannien: Parlamentsouveränität und Rule of Law	373
1.1	Nebenordnung der Rechtsquellen bis zur Glorious Revolution	373
1.2	Naturrecht und Common Law bei Sir Edward Coke	376
1.3	Parlamentsouveränität	383
1.4	Rule of Law	392
2	Vereinigte Staaten: Grenzen der Entpolitisierung	400
2.1	Neigung der Kolonien zur Verfassungsidee	400
2.2	Verfassungsgebende Gewalt und Volkssouveränität im föderalen Staat	403
2.3	Höherwertigkeit des Verfassungsinhalts und die Grundrechte	411
2.4	Verfassungsgerichtsbarkeit und due process of law	418
2.5	Bilanz	429
3	Deutschland: Der lange Weg zur Menschenwürde	430
3.1	Hindernisse des Verfassungsvorrangs im 19. Jahrhundert	430
3.2	Materieller und formeller Rechtsstaat	436
3.3	Allgemeinheit des Gesetzes und der Parlamentsvorbehalt	442
3.4	Schutz subjektiver Rechte durch Verwaltungsgerichte	448
3.5	Der Neuanfang: Verfassungsvorrang im Deutschen Grundgesetz	453
3.5.1	Deutung 1: Das Grundgesetz als Repräsentativverfassung	455
3.5.2	Deutung 2: Interpretation als liberale Demokratie	461
3.5.3	Hindernisse für eine Betonung der Volkssouveränität	467
3.5.4	Hindernisse für eine republikanische Deutung	469
3.6	Bilanz	472
	Zusammenfassung	474
	Literaturverzeichnis	479